

140/0020/2019

Sachbearbeiter: Abteilung 140
Az: Sonja Heid-von Kymmel
Datum: 25.11.2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Sozial- und Jugendangelegenheiten		Vorberatung	
Magistrat		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung	13.12.2019	Entscheidung	

Grundsatzbeschluss des Groß-Umstädter Integrations- und Vielfaltskonzeptes

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Das vorliegende kommunale Integrations- und Vielfaltskonzept für Groß-Umstadt, stellt eine Handlungsgrundlage politischer und gesellschaftlicher Integrationsarbeit dar.

Begründung:

Um die hessischen Kommunen in ihrer Arbeit in den Bereichen Integration und Vielfalt zu unterstützen, hat die Landesregierung ein Förderprojekt im Rahmen des Förderprogramms WIR ausgeschrieben, das beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration angesiedelt ist. Nach erfolgreicher Bewerbung wurde der Stadt Groß-Umstadt Fördermittel in Höhe von 20.000 Euro für das Projekt „Zusammen.Halt.Um.Stadt“ zur Verfügung gestellt, um innerhalb eines Jahres ein kommunales Vielfalts- und Integrationskonzept zu entwickeln.

Gemeinsam mit einer externen Prozessbegleitung (IMAP GmbH) und mit Hilfe breiter Bürgerbeteiligung wurde dies realisiert. Es gab mehrere themenspezifische Arbeitstreffen mit Personen¹ aus verschiedenen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen der Bürgerschaft.

Das Ergebnis liegt als Anlage und Beschlussgrundlage bei und stellt ein Handlungskonzept für die verschiedenen Gremien Groß-Umstadts sowie die gesellschaftliche Integrationsarbeit in Groß-Umstadt dar. Das Konzept steht im Konsens mit dem kommunalen Handlungsprogramm und dem Leitbild (Entwurf) der Stadt Groß-Umstadt.

Die Weiterentwicklung des Konzeptes wird angestrebt.

¹ Beteiligt waren u.a.: Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung sowohl seitens des Landkreises als auch der Stadt Groß-Umstadt, Stadtverordneten verschiedener Ausschüsse der Stadt, der hauptamtlichen Trägern der Wohlfahrt, Stiftungen, Vereinen, Migrantenselbstorganisationen und bürgerschaftlichen Initiativen, Schulen und Kindertagesstätten sowie mehreren engagierten Bürger*innen.